

## EDUARD BERNSTEIN · WIRD DIE SOZIALDEMOKRATIE VOLKSPARTEI?

**S**EIT die Sozialdemokratie sich durch Beteiligung an Wahlkämpfen und parlamentarischen Verhandlungen politisch betätigt, hat es auch Diskussionen darüber gegeben, wie diese Betätigung auf das Wesen der Partei und die Natur ihrer Propaganda zurückwirkt. Es ist bekannt, dass die früheren Sozialisten die damit verbundene Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer propagandistischen Verbindung in eine politische Partei, soweit sie sich ihr nicht entgegenstellten, nur halben Herzens gutheissen. Die einen fürchteten von ihr eine Abschwächung des Interesses für die rein sozialistischen Ideale, die anderen eine Beeinträchtigung des revolutionären Geistes, alle machten ihre Vorbehalte: so oder so weit solle allenfalls gegangen werden, aber unter keinen Bedingungen weiter. Das gilt auch von Marx und Engels, die nur mit grossen Einschränkungen als die geistigen Väter der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie, wie sie sich heute gestaltet, bezeichnet werden können. Wohl befürworteten sie die politische Aktion der Arbeiterklasse. Aber was sie darunter verstanden, unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem, was daraus geworden ist.

ES hängt dies zum Teil damit zusammen, dass die ganze gesellschaftliche Entwicklung einen etwas anderen Verlauf genommen hat, als sie voraussetzten. Nur im grossen geschichtsphilosophischen Sinne hat sich das soziale Sehertum von Marx bewährt; im Abschätzen von Zeit und Modus war auch er ein Sterblicher und hat sich gar manchmal geirrt. Je mehr Zeit aber die Entwicklung brauchte, um so mehr Abweichungen vom vorher entworfenen Bilde mussten sich einstellen.

AUCH haben die Dinge ihre eigene Logik. Wir geniessen in der Wahl unserer Schritte immer nur bedingte Freiheit. Es geht den Menschen wie nach Mephisto den Teufeln und Gespenstern: »Wo sie hereingeschlüpft, da müssen sie hinaus. Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.« Wir können uns entscheiden, ob wir eine bestimmte Bahn beschreiten wollen oder nicht. Haben wir uns aber entschieden und den ersten Schritt getan, so kommen eine Reihe anderer dran, ob wir es wollen oder nicht.

SO ging es zunächst mit der Wahlbeteiligung. Von vielen ward sie als reine Protestaktion gedacht. Der Stimmzettel sollte ein revolutionäres Pronunziamento darstellen, der Wahlkampf ausschliesslich zur Propaganda der sozialistischen Grundsätze benutzt, vom Wahlrecht nur zu diesem Zwecke Gebrauch gemacht werden. Die extremsten Vorschläge in dieser Richtung waren die der Anarchisten und *Sozialrevolutionäre* der schärferen Tonart, nur weisse oder ungültige, auf Namen von Verstorbenen oder nicht wählbaren Personen lautende Stimmzettel abzugeben, um diesen den reinen Zählcharakter für den revolutionären Protest zu sichern. Aber selbst Friedrich Engels erkannte noch 1884 in seiner Schrift *Der Ursprung der Familie dem Wahlrecht im heutigen Staate* — ob bismärckische Monarchie oder demokratische Republik — keine höhere Funktion zu, als die, »Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse zu sein. Mehr könne es »nie sein im heutigen Staat«.



prägung der Klassen auf der anderen Seite sind unzweifelhaft Momente, die einer solchen Berechnung heute einen grösseren Wahrscheinlichkeitswert verleihen. Im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* hat neulich Dr. R. Blank eine Studie über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands veröffentlicht, die auf Grund einer Vergleichung der Wahlstatistik mit der Berufsstatistik ein sich der Wirklichkeit möglichst annäherndes Bild davon zu gewinnen sucht, aus welchen Bevölkerungselementen sich die drei Millionen von Wählern zusammensetzen, die bei der Reichstagswahl von 1903 der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Gegen seine Berechnungsweise sind von verschiedenen Seiten Einwände erhoben worden, insbesondere von Bebel in der *Neuen Zeit*, aber die meisten stellen sich bei näherer Prüfung als nicht stichhaltig heraus. Sie beruhen entweder selbst auf irrigen Annahmen oder betonen Faktoren, auf die bei Blank schon in vollem Masse Rücksicht genommen ist. Wenn zum Beispiel Bebel Blank vorwirft, er habe die aus der Gewerbestatistik ausgeschlossenen Hunderttausende von Arbeitern des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbetriebes nicht berücksichtigt, so verwechselt er die Gewerbe zählung mit der Betriebs zählung. Bei der Betriebszählung wurden die betreffenden Staatsbetriebe und ihre Arbeiter allerdings nicht berücksichtigt, bei der Gewerbe zählung, die Blank seiner Berechnung zu Grunde legt, sind diese Arbeiter aber berücksichtigt worden. Ferner ist Bebel sicher auf falschem Wege, wenn er Blank vorwirft, nach seiner Berechnung, die für das Zentrum 1903 rund 873 000 Stimmen von industriellen Arbeitern ergibt, müssten alle 842 000 Stimmen, die dieses in jenem Jahre aus Orten mit über 2000 Einwohnern erhielt, Arbeiterstimmen gewesen sein, da die restlichen Stimmen des Zentrums (1 033 000) vom platten Land kamen. Er vergisst, dass auf dem platten Land auch industrielle Arbeiter wohnen. 1895 gehörten rund 8 Millionen Bewohner der Orte mit unter 2000 Einwohnern der Industrie, dem Handel und Verkehr an, darunter 1 497 651 männliche Industriearbeiter und 156 421 männliche Arbeiter in Handel und Verkehr. Von diesen haben sicher etliche Hunderttausend für das Zentrum gestimmt, und damit wird der obige Vorhalt hinfällig. Nicht anders steht es mit noch etlichem anderen. Tatsächlich ist Dr. Blank bei seinen Berechnungen so vorsichtig verfahren, als es nur verlangt werden kann. Er hat auf alle nicht ziffernmässig festzustellenden Faktoren, wie Zunahme der gewerblichen Arbeiterschaft von 1895 bis 1903, Proportion der nicht wahlberechtigten Arbeiter der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren, Proportion der im Wahlalter stehenden, nicht eingetragenen Arbeiter, Proportion der dem Wahlakt ferngebliebenen Arbeiter, bei seiner Berechnung in solcher Weise Rücksicht genommen, dass ihn höchstens der Vorwurf treffen könnte, die Zahl der gewerblichen Arbeiter, die 1903 für die Sozialdemokratie stimmten, zu hoch berechnet zu haben. Sicherlich hat er sie nicht zu niedrig angesetzt.

WIE stellt sich nun seine Berechnung?

ES wurden in Deutschland 1895 in Industrie, Bergbau etc. 4 963 409 und in Handel und Verkehr 868 042 erwerbstätige männliche Arbeiter gezählt. Von den ersteren müssen 41,65 %, von den letzteren 36,4 % als unter 25 Jahre abgerechnet werden, bleiben als im wahlfähigen Alter 3 448 223 gewerbliche etc. Arbeiter. Obwohl nun erheblich mehr als eine halbe Million im Wahlalter

stehender männlicher Personen nicht in die Wählerlisten eingetragen waren, nimmt Blank doch an, dass sämtliche Arbeiter jener Altersjahre auch Wähler waren, und er nimmt ferner an, dass von den Arbeiterwählern, obwohl bei einem Teil von ihnen noch starke Indifferenz herrscht, ein gleicher Prozentsatz am Wahlakt teilgenommen habe, wie der Durchschnitt der Wahlberechtigten aller Volksschichten, nämlich 76 %. Dann würde sich die Zahl der 1903 von gewerblichen etc. Arbeitern abgegebenen Wahlstimmen auf 2 620 649 belaufen. Davon ist aber noch abzuziehen die Zahl solcher Arbeiter, die, wie Zentrumsanhänger, evangelische und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereiner etc., anders als sozialdemokratisch wählen. Da allein mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter Katholiken sind, und die Masse der Katholiken noch zum Zentrum steht, glaubt Blank nicht fehlzugreifen, wenn er die Zahl der Arbeiter, die 1903 nicht sozialdemokratisch wählten, auf insgesamt ein Drittel der Wähler aus der Arbeiterklasse einschätzt. Dies Drittel von der vorstehenden Zahl abgezogen, lässt 1 747 095 Wahlstimmen für die Sozialdemokratie. Zu ihnen muss aber noch die Zahl für den Anteil am Zuwachs der Arbeiterklasse in den acht Jahren von 1895 bis 1903 hinzugerechnet werden, den Blank ebenso hoch einschätzt, wie er in den dreizehn Jahren zwischen 1882 und 1895 war, nämlich 40 %. So erhalten wir schliesslich als höchste Zahl der gewerblichen etc. Arbeiter, die 1903 sozialdemokratisch stimmten, 2 446 000. Da aber die Sozialdemokratie 3 010 771 Wahlstimmen erhielt, müssen mindestens 564 000 Wahlstimmen von anderen, als der gewerblichen Arbeiterklasse angehörenden Wählern herrühren. Vergleiche mit den vorhergegangenen Wahlen und Wahlstatistiken aus den Grossstädten lassen Blank jedoch den Schluss als berechtigt erscheinen, dass diese Zahl erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, dass faktisch die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die nicht der gewerblichen Arbeiterschaft zugehörten, 1903 rund 750 000 betragen haben wird.

WELCHEN Gesellschaftsklassen sollen diese drei Viertel Million Wähler — fast ebensoviel, wie die Wähler, die 1903 die beiden Flügel der freisinnigen Partei zusammen auf sich vereinigten — angehören? Blank bezeichnet sie kurzweg als *bürgerliche Anhänger der sozialdemokratischen Partei* und nennt »Handwerker, kleine Kaufleute, kleine Beamte, kaufmännische Angestellte, überhaupt kleine selbständige Gewerbetreibende der verschiedensten Art, hier und da auch Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen« als ihre Bestandteile. Dass auch Angehörige der landwirtschaftlichen Berufe das sozialdemokratische Kontingent verstärkt haben, erkennt er zwar an, hält aber den Zuwachs, den die Sozialdemokratie aus diesen Kreisen empfing, für nicht bedeutend genug, um ihn mit einer grösseren Ziffer in Rechnung zu stellen. Wohl hebt er hervor, dass die Sozialdemokratie 1903 in den Landorten nicht weniger als 735 000 Stimmen hatte und damit schon die Partei der Junker, die deutschkonservative Partei, hinter sich liess, die nur 667 000 Stimmen auf dem Lande erhielt. Auch zeigt er am Beispiel einzelner kleinerer Landesteile auf Grund der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und der Zahl der sozialdemokratischen Wähler, dass die Sozialdemokratie dort landwirtschaftliche Stimmen erhalten haben muss, der *antikollektivistische Bauernschädel* also kein Hindernis für die Ausbreitung der Sozialdemokratie bildet. Aber im allgemeinen leitet er die grosse Masse der in Landbezirken erzielten sozial-

demokratischen Stimmen von der dort lebenden gewerblichen Bevölkerung her, die, wie oben gesehen, allein  $1\frac{1}{2}$  Millionen erwachsene männliche Arbeiter umfasst. Die landwirtschaftlichen Arbeiter geben nach ihm »nur in Ausnahmefällen« sozialdemokratische Stimmzettel ab.

DAS ist nur mit grosser Einschränkung zu unterschreiben. Bei den Wahlen von 1903 wenigstens müssen die sozialdemokratischen Stimmzettel der Landarbeiter eine recht beträchtliche Höhe erreicht haben. An verschiedenen Orten, wo Schreiber dieses im Wahlkampf sprach, ist ihm von den Genossen, die auf den Dörfern Kleinarbeit verrichten, erklärt worden, dass sie bei den Landarbeitern auf mehr Entgegenkommen und Mut stiessen, als bei vielen Industriearbeitern, und wer die Wahlberichte aus den ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Ostpreussens, Pommerns, der Mark Brandenburg, Mitteldeutschlands verfolgt hat, wird überall die Tatsache hervorgehoben finden, dass die Landarbeiter ein grösseres Kontingent, als je zuvor, zur sozialdemokratischen Wählerschaft gestellt hätten. So schrieb zum Beispiel gerade jetzt auch der *Vorwärts* in einem Bericht über die am 12. Juli erfolgte Nachwahl in dem stark agrarischen Kreise Oberbarnim (Mark Brandenburg), nachdem er ausgeführt, dass die Gutsbesitzer die heimischen Landarbeiter, von denen fortgesetzt grosse Prozentsätze in die Städte und insbesondere Berlin abwandern, teils durch ausländische Arbeiter und teils durch Arbeiter aus den zurückgebliebensten Distrikten des Ostens ersetzen: »Wenn nach diesen Umständen auf dem platten Lande die Stimmen für die Sozialdemokratie bei dieser Wahl fast die Höhe der Wahl von 1903 erreichten, und der Hauptverlust der konservativen Stimmen auf dem Lande zu verzeichnen ist, so ist das ein Resultat, das zu guten Hoffnungen für die Stichwahl berechtigt. Insbesondere die Schnitter sind fast geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Der Stimmenverlust der Konservativen auf dem platten Lande ist weit grösser, als der der Sozialdemokratie. Ein Rückgang der Stimmen der Sozialdemokratie ist im wesentlichen in den kleineren Städten erfolgt.« Die Erklärung für die letztere Erscheinung gehört nicht hierher. Aber aus dem, für unsere Frage durchaus tendenzlosen Bericht geht so viel hervor, dass der Kontakt der politischen Organisation mit der Landarbeiterschaft schon ein recht enger gewesen sein muss. Und Ähnliches habe ich vielfach gefunden. In Dörfern, wo früher ein versprengter Industriearbeiter heimlich das Parteiorgan des Kreises oder der Provinz las, halten jetzt vielleicht ein Dutzend oder mehr Landarbeiter ganz offen und sogar mit Stolz das betreffende Blatt. Der Landarbeiter ist durch die Leutenot vielfach in die Lage eines qualifizierten Arbeiters geraten, und das wirkt, neben anderen Faktoren, auf sein Selbstgefühl zurück.

ALLERDINGS handelt es sich bei den Stimmen in den Landorten immer um kleine Zahlen, von denen sich schon viele summieren müssen, um einen Posten von 10 000 zusammenzubringen, und so mag Bebels Schätzung etwas zu hoch gegriffen sein, die von den 735 000 in Landbezirken für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen drei Fünftel (435 000) Landarbeitern und Kleinbauern in proletarischer Lebenslage zurechnet. Aber auf mindestens zwei Fünftel (294 000) wird man sie doch zu schätzen und so etwa 150 000 bis 200 000 Landarbeiterstimmen der Sozialdemokratie zuzurechnen haben. Das liesse nur 550- bis 600 000 Stimmen für die Kategorien übrig, die Blank als

bürgerlich bezeichnet. Der bürgerliche Einschlag in der proletarischen Kette verringert sich damit von einem Viertel auf ein Fünftel der Wählerstimmen von 1903. Bebel schätzt den bürgerlichen Zusatz auf nur ein Sechstel. Ziffernmässig ist das kein grosser Unterschied, um so grösser ist die Abweichung in der Wertung der Rückwirkung dieses Einschlags auf den politischen Charakter der Sozialdemokratie, auf die Frage *Proletarisch-revolutionäre Klassenpartei oder sozialdemokratische Volkspartei?*

× × ×  
 WIRD die Sozialdemokratie bei dem Wachstum, das sie in Deutschland aufweist, den proletarischen Klassencharakter bewahren, oder wird er unter dem Einfluss dieses Wachstums eine Modifikation erleiden? Das ist die Frage, die Blank im Anschluss an seine wahlstatistische Untersuchung aufwirft. Er beantwortet sie im letzteren Sinne. Bebel bekämpft dies, aber was er Blank entgegenhält, trifft meines Erachtens nicht den Kern der Frage, geht vielmehr meist an den Argumentationen Blanks vorbei. Dies namentlich auch deshalb, weil die Begriffsbestimmung bei Blank eine ganz andere ist, als bei Bebel.

WER Blanks Studie aufmerksam liest, dem wird es auffallen, dass er den Begriff *Proletarier* in einem sehr engen Sinne gebraucht, dagegen dem Begriff *bürgerlich* eine sehr weite Deutung gibt. Umgekehrt Bebel. Klassen oder Schichten, die bei Blank als bürgerlich figurieren, werden bei Bebel der proletarischen Armee zugewiesen. So, wie oben gesehen, etliche hunderttausend »Kleinbauern in proletarischer Lebensstellung«, so an anderer Stelle »Hunderttausende« kaufmännischer Angestellter »in rein proletarischer Existenz«. Was heisst aber *proletarische Existenz*? Ist es die Einkommenshöhe, die wirtschaftliche Abhängigkeit, welche den Proletarier bestimmen? Der Sprachgebrauch geht heute sehr stark in dieser Richtung, aber im Sinne der marxistischen Theorie liegt es nicht, von jenen zwei Momenten allein schon den Proletarier bestimmen zu lassen. Nach der Marxschen Theorie gehört zum Proletarier: 1. die Trennung von den Arbeitsmitteln, 2. die damit verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit, 3. die voraussichtliche Lebenslänglichkeit dieser sozialen Stellung. Obwohl nicht ausgesprochen, ist doch hierin noch einbegriffen: 4. die tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, enge Begrenzung der sozialen Laufbahn. Nur Berufe, die diese vier Merkmale zusammen aufweisen, können unter dem Gesichtspunkt der Marxschen Theorie als im eigentlichen Sinne proletarisch bezeichnet werden. Wo dagegen, wie zum Beispiel in der kaufmännischen Laufbahn, den Berufsangehörigen teils doch noch die Etablierung als selbständiger Geschäftsmann, teils eine weite Karriere bis zum Betriebschef oder Disponenten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit offen steht, kann von einem proletarischen Beruf nicht gesprochen werden, selbst wenn sich, wie dies heute im Kaufmannsberuf der Fall, für einen wachsenden Prozentsatz der Berufsangehörigen dem proletarischen Verhältnis ähnliche Lebensbedingungen ausbilden. Insofern hat Blank recht, und Bebel unrecht. Dass Tausende und Abertausende von kaufmännischen Angestellten, ebenso wie Tausende von Kleinbauern, Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten etc. sozialdemokratisch stimmen, macht sie noch nicht zu Proletariern; nicht die Gesinnung, die Klassenlage bestimmt die Klassenzugehörigkeit. Immer vom Gesichtspunkt der Marxschen Theorie aus, die Blank seinen Betrachtungen zu Grunde legt, und die hier keine Verwischung duldet.

INDESSEN ist der Sprachgebrauch, wenn er auch irre gehen kann, doch gewöhnlich der Anzeiger realer Entwicklungen. Wenn einzelne eine Bezeichnung auf sich anwenden, die formell gar nicht auf sie passt, so mag das als blosser Stimmungsausfluss zu betrachten sein. Zum Beispiel, wenn hochgestellte Beamte, denen noch höhere Chefs auf die Hühneraugen getreten sind, plötzlich finden, dass sie auch nur Proletarier seien, so ist das nicht ernst zu nehmen. Wenn aber ganze Klassen oder Volksschichten sich als proletarisch bezeichnen respektive die Bezeichnung akzeptieren und mit den wirklichen Proletariern unter deren Fahne dauernd zusammengehen, so ist von blossem Stimmungsausfluss nicht mehr zu reden, es muss dann eben mehr vorliegen, als bloss Stimmung, was diese Gestaltung der Dinge zur Folge hat.

UND das ist denn auch in der Tat der Fall. Zwei Faktoren geben einer ganzen Reihe von sozialen Schichten, die zwischen dem eigentlichen Proletariat — das Wort immer im Marxschen Sinne gebraucht, als Bezeichnung für die Klasse der Lohnarbeiter auf Lebenszeit — und der Bourgeoisie stehen, immer mehr ein proletarisches Gepräge. Erstens die Tatsache, dass diese Schichten am Aufstieg der Bourgeoisie fast gar keinen Anteil haben, sondern in Einkommen etc. immer mehr hinter ihr zurückbleiben, während das Proletariat sie in dieser Hinsicht entweder einholt oder gar überholt. Zweitens der Umstand, dass die ihnen somit am nächsten stehende Klasse der Lohnarbeiter an Zahl und Geschlossenheit und damit auch an sozialem Schwergewicht beständig zunimmt. Ein psychologisch leicht begreiflicher Trieb bringt Klassen oder Schichten, die als solche keine bestimmten eigenen sozialen Aspirationen haben, immer stärker in den Bann der ihnen am nächsten stehenden grösseren Klasse, bei der dies der Fall ist. Man könnte hier von einer *sozialen Gravitation* oder *Affinität* sprechen, die übrigens im vorliegenden Fall oft genug durch persönliche Verwandtschaftsbeziehungen der einzelnen Glieder dieser Klassen stark unterstützt wird. Welcher Kleinbauer, Klein-gewerbetreibende, kleine Beamte etc. hat nicht heute Brüder oder Vettern, Söhne oder Neffen, die gewerbliche Lohnarbeiter sind?

IN Norddeutschland respektive Preussen wird diese soziale Gravitation des weiteren unterstützt durch das grosse Stück Feudalismus, der sich hier in den Staatseinrichtungen (Militärwesen, Staatsbureaukratie etc.) erhalten und das bürgerliche Leben in dem Sinne stark beeinflusst hat, dass das von der französischen Revolution her berühmte bürgerliche Programmwort *La carrière ouverte à tous* hier für ganze Beamten- etc.-schichten nicht einmal den Illusionswert hat, den es in anderen Ländern moderner Entwicklung besitzt, sie vielmehr jenseits einer sehr eingegagten Laufbahn alle Möglichkeit weiteren Aufstiegs durch eiserne Schlösser vor sich verrammelt sehen. Ich habe in England sehr wenig Verkehr unterhalten, aber es fallen mir doch im Augenblick, wo ich dies schreibe, allein drei Fälle von Leuten ein, die ich dort noch als Lohnarbeiter kannte, und von denen heute der eine höherer Lehrer, die anderen zwei Rechtsanwälte sind. Und doch ist England sogar in vieler Hinsicht auch noch hinter anderen Ländern bürgerlicher Entwicklung zurück.

ZUR sozialen Gravitation kommt die politische hinzu, als Folge des von Bebel mit Recht hervorgehobenen energischen Eintretens der Sozialdemokratie für alle sozial Geschädigten und Unterdrückten, wozu eben jene Klassen auch

gehören. Je grössere Bedeutung die Sozialdemokratie im Parlament erlangt, um so grösser wird ihr Einfluss auf alle Klassen und Schichten, die sich bei der gegebenen Gestaltung der Dinge benachteiligt fühlen. Und dieses Ansehen überträgt sich von der Partei auf die Klasse, als deren Vertreterin sie auftritt. WENN also Bebel Blank gegenüber erklärt, die Stimmen oder selbst der Anschluss der von Blank als bürgerlich bezeichneten Elemente würden den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie nicht ändern, so hat er zum mindesten die bis jetzt vorliegende Erfahrung für sich. Von Blank hervorgehobene Tatsachen, wie das Fehlen der Proklamierung des Klassenkampfes in Wahlflugblättern, sind hierfür ganz ohne Belang. Es ist mir in dem Menschenalter, das ich der Partei angehöre, kein von ihr veröffentlichtes Wahlflugblatt vor die Augen gekommen, in dem der Klassenstandpunkt der Partei anders oder schärfer gekennzeichnet worden wäre, als in dem von ihm zitierten Flugblatt, dass ihn als den Kampf gegen alle Klassenherrschaft hinstellt. Überhaupt ist Bebel darin heizupflichten, dass heute der sozialdemokratische Standpunkt in keiner Weise weniger scharf zum Ausdruck kommt, als früher. GLEICHWOHL ist die Partei auf dem Wege, Volkspartei zu werden, ja, sie ist es in nicht geringem Grade heute schon. Blank unterscheidet in geistreicher Weise zwischen der Partei als einer Ideengemeinschaft und der Partei als einer Interessengemeinschaft und meint, das erstere trete beim Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu ihren Bestandteilen immer mehr hinter dem letzteren zurück. Dies in dem Sinne, dass die Partei immer mehr zu einer Koalition der demokratischen Volkselemente werde. Letzteres ist unzweifelhaft richtig, aber die Ideengemeinschaft hat bis jetzt darunter nicht gelitten. Die Sache ist vielmehr die, dass mit der ganzen Wirtschafts- und Klassenverschiebung der Gegenwart auch der Begriff *Volk* als politische Kategorie einen anderen Inhalt erhalten hat, als er ihn früher hatte. Im Unterschied von der ethnologischen Bedeutung des Wortes bedeutet *Volk* politisch die von den herrschenden Klassen unterschiedene Masse einer Nation. Diese Masse sieht zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden aus, und in ihr sind demgemäss auch zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Bevölkerungselemente tonangebend: Bauern, städtisches Klein- und Mittelbürgertum, Arbeiter. In dem Masse daher, wie die soziale Entwicklung der Arbeiterklasse das Übergewicht im Volke zuschiebt, kann *Arbeiterpartei* und *Volkspartei* identisch werden. Das aber ist tatsächlich heute schon in hohem Grade der Fall. Ohne aufzuhören, in erster Linie Partei der Arbeiterklasse zu sein, wird die Sozialdemokratie immer mehr Volkspartei. Wie einst die bürgerliche Demokratie Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der breiten Masse des Bürgertums war, so ist die Sozialdemokratie heute Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterklasse. Die nichtproletarischen oder nicht reinproletarischen Elemente, die sich ihr anschliessen, akzeptieren den Gesichtspunkt der Arbeiterklasse, erkennen diese als die führende Klasse an. Die einen mehr, die anderen minder bewusst, alle aber durch die Tat.

×

×

×

ES liegt auf der Hand, dass solche politische Vermischung von Klassen indes doch nur bis zu einem gewissen Grade vor sich gehen kann, ohne den Grundcharakter der Partei auch zu beeinflussen. Ob der nichtprole-



tarische Einschlag in der sozialdemokratischen Wählerschaft ein Viertel dieser beträgt, wie Blank meint, oder ein Sechstel, wie Bebel behauptet, ist eine rechnerische Frage, die politische Bedeutung erst durch die Antwort auf die andere Frage erhält, einen wie hohen Einschlag dieser Art die Sozialdemokratie vertragen kann, ohne ihren bisherigen Charakter zu ändern. Und in Verbindung damit erhebt sich die weitere Frage: Kann die Sozialdemokratie das bisherige Tempo des Wachstums ihrer Stimmen beibehalten oder sogar noch steigern, ohne dass zugleich dieser Einschlag tatsächlich in stärkerem Masse zunimmt, als ihre proletarische Wählerschaft?

DAS ist die tiefere Frage, die den Untersuchungen Dr. Blanks zu Grunde liegt. Es ist keine spekulative Zukunftsfrage, es ist ein wichtiges Stück der Frage der vor uns liegenden politischen Entwicklung. Bebel glaubt sie genügend damit beantwortet, dass er erklärt, die Klassengegensätze verschärfen sich, die Proletarisierung der Masse der Gesellschaft nehme zu und nicht ab, das Kapital demokratisiere sich nicht, sondern werde immer plutokratischer, der Liberalismus werde nicht demokratischer, sondern immer reaktionärer. Aber das sind Dreiviertelswahrheiten, die sehr bedeutungsvolle Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung ignorieren, an denen wir in der Wirklichkeit nicht gar so glatt vorbeikommen. Das Proletariat vermehrt sich unzweifelhaft in der modernen Gesellschaft, aber sein relatives Wachstum im Verhältnis zu anderen Klassen ist kein so schnelles, um in Bälde eine proletarische Volksmehrheit zu versprechen. Das Kapital *demokratisiert* sich allerdings nicht, aber das Kapital gewinnt durch die Dezentralisation seiner Anteile ein wachsendes Gefolge von Interessenten, das mit seinem Anhang eine Bevölkerung von Zehntausenden und Aberzehntausenden ausmacht und durch den sozialen Einfluss, den es ausübt, als politischer Faktor erheblich ins Gewicht fällt. Der Liberalismus wird in Deutschland allerdings immer reaktionärer, aber die politischen Zustände in Deutschland sind darum nicht besser, als in solchen Ländern, wo der Liberalismus nicht so reaktionär ist. Kurz, während Blank glaubt, die Sozialdemokratie werde sich durch steigende Zunahme ihres nicht-proletarischen Einschlags zu einer »Volkspartei im weitesten Sinne des Wortes« entwickeln, stellt Bebel eine Prognose, die nur dann befriedigend wäre, wenn in Deutschland eine unwälzende politische Katastrophe in Bälde zu erwarten wäre. Wie die Disposition des deutschen Volkes beschaffen ist, sieht es aber nicht danach aus. Und so stehen wir vor einer Frage, auf die eine theoretisch festbegründete Antwort noch nicht gefunden ist.

XX

## JOHANNES TIMM · DIE LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN

**D**IE am 10. Juni gewählten Vormünder des bayrischen Volkes, genannt *Wahlmänner*, haben zum grössten Teile am 17. Juli die Abgeordnetenwahlen vollzogen. Nur in den beiden pfälzischen Wahlkreisen Landstuhl-Homburg und Neustadt-Dürkheim ist der Wahlkampf nicht so rasch entschieden worden. In Landstuhl-Homburg haben die Wahlmänner zunächst zwei Tage ergebnislos gewählt. Bei der letzten Abstimmung erhielt der Kandidat des *Bundes der Landwirte* 80 Stimmen, der